

12. März 2001

Geplanter Verkauf von EVN-Anteilen:

Sobotka lehnt Verkauf an Atomstrom-Produzenten ab Schlögl für österreichische Lösung

Verwundert reagierte Eigentümerversorger und Finanz-Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka auf die Ankündigung des Verbundes, der oberösterreichischen Energie AG und der Energie Steiermark AG, ihre Anteile an der EVN, der niederösterreichischen Strom AG, zu verkaufen. „Vor Jahren hat der Verbund die Anteile der EVN unter dem Vorwand, einer ausländischen Übernahme zuzukommen und eine österreichische Stromlösung zu schaffen, erworben. Da nun im wesentlichen nur die beiden ausländischen Unternehmen Electricite de France und E.ON als Käufer in Frage kommen, verstehen wir die damaligen Argumente des Verbundes nicht“, so Sobotka. Auch Landeshauptmannstellvertreter Mag. Karl Schlögl vertrat heute diese Meinung, eine ausländische Sperrminorität würde den Verlust wichtiger Steuerungskompetenzen bedeuten, ja letztlich würde sich eine Abhängigkeit zu ausländischen Konzernzentralen ergeben, was sich auf zukünftige unternehmenspolitische Entscheidungen mehr als negativ auswirken könnte. Schlögl sprach sich für eine österreichische Lösung aus.

Sobotka weiter: „Der geplante Verkauf der Anteile an der EVN ist aus niederösterreichischer Sicht klar abzulehnen. Beide Unternehmen gehören zu den größten europäischen Atomstrom-Produzenten, womit durch deren Einstieg bei der EVN die niederösterreichische Anti-Atom-Politik völlig untergraben würde.“

Nicht verstehen kann Sobotka die Position des oberösterreichischen Landeshauptmanns Dr. Josef Pühringer: „Wie kann man eine aktive Anti-Atom-Politik gegen Temelin vertreten, zeitgleich aber den Einstieg eines der größten Atomstrom-Produzenten bei der EVN billigen“, fragt sich Sobotka.

Auch die Position von Wirtschaftsminister Dr. Martin Bartenstein müsse kritisch hinterfragt werden. „Eine österreichische Stromlösung zu verlangen, aber gleichzeitig einen Verkauf der Verbundanteile an ausländische Unternehmen zu genehmigen, ist nicht nur eine völlige Abkehr von der stets geforderten österreichischen Lösung, sondern auch ein Untergraben der erfolgreichen Anti-Atom-Politik der Bundesregierung. Minister Bartenstein trifft letztlich die Entscheidung und muss diese auch verantworten“, so Sobotka abschließend.

Landeshauptmannstellvertreter Schlögl bezeichnete die EVN als wichtigen und starken Partner der Bevölkerung, der Wirtschaft sowie der Gemeinden Niederösterreichs. Die Verkaufsabsicht der drei österreichischen Anteilshalter sei legitim und müsse deshalb zur

NK Presseinformation

Kenntnis genommen werden. Allerdings sollten die Unternehmensanteile bzw. ein Großteil des 26-Prozent-Anteils im Besitz österreichischer Aktionäre bleiben“, sagte Schlögl weiter. „Weiters ist eine Verbesserung der Kooperation der österreichischen Energieversorger untereinander anzustreben, um im Rahmen der Liberalisierung des internationalen Energiemarktes die wirtschaftliche Position österreichischer Unternehmen zu stärken und Verbesserungen für die Konsumenten durchsetzen zu können. Alles in allem sollte eine österreichische Lösung beim angestrebten Verkauf der EVN-Anteile gefunden werden“, betonte Schlögl.

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: presse@noel.gv.at